

Verleihung des Franz Josef Strauß-Preises 2003

Professor Dr. Roman Herzog, Bundespräsident a.D.

Rede des Preisträgers

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

einen Preis wie diesen habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht bekommen. Sie können sich also vorstellen, dass ich schon seit Wochen überlege, wie ich die Danksagung, die jetzt fällig ist, gestalten will. Meine Vorbereitungen dazu haben sich auf die genaue Beobachtung von Oscar-Verleihungen, Bambi-Verleihungen und Verleihungen des Bayerischen Fernsehpreises konzentriert, und ich weiß daher, dass ich jetzt zunächst einmal eigentlich meinen Eltern und Lehrern, meinen Trainern und Regisseuren danken müßte. Aber: Was ich für meine Eltern empfinde, das mache ich mit mir selber aus, das trage ich hier nicht in die Öffentlichkeit. Was ich über meine - vor-PISA-nischen - Lehrer zu sagen habe, habe ich an anderen Stellen gesagt. Trainer und Regisseure aber habe ich nie gehabt.

So bleibt es denn dabei, dass ich mich zunächst einmal bei der Hanns-Seidel-Stiftung und ihren Gremien bedanke, die mir den Franz Josef Strauß-Preis 2003 zuerkannt haben, sodann bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, dafür, dass Sie so kurz vor der Abreise nach Ostasien sich noch der Mühe unterzogen haben, das Wort an uns zu richten und in Ihrer Rede auch noch das Wort an mich zu richten, vor allem aber Ihnen, Herr Bundeskanzler Schmidt, für die Mühe, die es ja schon bedeutet haben mag, die weite Reise nach München zu unternehmen, für die Mühe eine solche Rede vor zu bereiten, und ganz besonders dafür, was Sie uns gesagt haben, was Sie insbesondere über mich gesagt haben. Ich habe Ihnen vorher ins Ohr geflüstert: „So hätten Sie ja auch nicht übertreiben müssen.“ Da ich aber ein gebildeter Mensch bin, stehe ich jetzt nicht an, das in Form eines Goethe-Zitates öffentlich zu wiederholen: „Eure Höflichkeit erfreut mich sehr, Ihr seht hier einen Mann wie andere mehr.“

Es ist schon so, wir haben uns in den Jahren, in denen ich Bundespräsident war, ganz besonders gut verstanden. Und ich erinnere mich an etwas, was ich Ihnen damals versagen

mußte, was ich Ihnen heute aber zubilligen kann. Lange bevor die PISA-Studie erschienen war, wußten wir beide, was in unserem Bildungswesen los ist, und ich habe einmal zu Ihnen gesagt, das komme daher, dass auf der einen Seite die Linke die Anforderungen in unseren Schulen immer weiter abgesenkt hat, um den Kindern aus nichtarrivierten Schichten den sozialen Aufstieg zu erleichtern (ein Motiv, das ich gut verstehe), und dass die Bürgerlichen das mitgemacht haben, um den dummen Kindern arrivierter Familien den Abstieg zu ersparen. Sie haben mich damals gebeten, diese Äußerung mit Quellenangabe öffentlich zitieren zu dürfen. Solange ich Bundespräsident war, wollte ich diese Genehmigung nicht geben. Heute aber erteile ich sie Ihnen gern.

Lassen Sie mich in wenigen Sätzen auch an den Mann erinnern, nach dem dieser Preis benannt ist: an Franz Josef Strauß. Wir alle wissen, dass Franz Josef Strauß kein einfacher Zeitgenosse war. Wir wissen, wie umstritten er mitunter war. Aber wir wissen auch, dass er oft nur umstritten war, weil er klarer gesehen hat als andere, weil er Dinge früher gesehen hat als andere und weil er sie

deutlicher ausgesprochen hat als andere - in einer Gesellschaft, in der doch sehr viel weich gekocht wird. Die anderen haben ihn nicht hören wollen.

Und lassen Sie mich nur eine Sache erwähnen, die mich immer wieder besonders beschäftigt: welche Erfolge heute der Airbus in der ganzen Welt hat. Was hat Franz Josef Strauß dafür kämpfen müssen, was hat er dafür schlucken und einstecken müssen! Heute, wo sogar Boeing zum Teil vor dem Airbus zittert, spricht keiner mehr von Franz Josef Strauß. Das wollte ich bei der Gelegenheit doch sagen.

Sie müssen nicht befürchten, dass ich zu der großartigen politischen Rede von Helmut Schmidt nunmehr ein Koreferat halte. Aber ich möchte doch ein paar Dinge sagen, wie ich sie sehe - es sind im Grunde nur andere Formulierungen der gleichen Gedanken. Was wir heute im Irak-Krieg und in dem, was darum herum geschieht, erleben, ist zum Teil - und jetzt spreche ich als Jurist - , auch etwas, was mit der Unklarheit unserer politischen, völkerrechtlichen und internationalen Terminologien zusammen hängt. Wir sehen, dass die Vereinten Nationen in

der ganzen Frage heillos überfordert waren und es immer noch sind. Das Ausweichen in humanitäre Planungen ist zwar notwendig, aber zum Teil eben auch wieder nur ein Ausweichen. Was uns jetzt weiter führt - und man muss nicht Perle heißen, um das zu überlegen -, hängt u.a. damit zusammen, dass wir uns in Bezug auf die Vereinten Nationen nicht rechtzeitig angewöhnt haben, klar zwischen Gewaltverbot und Gewaltmonopol zu unterscheiden.

Gewiß - die Vereinten Nationen haben es geschafft, ein Gewaltverbot in der Welt völkerrechtlich zu etablieren. Aber sie haben selbst keine Gewalt, überhaupt keine, und schon deswegen überhaupt kein Gewaltmonopol, das es ihnen möglich machen würde, Gewalttaten von anderer Seite zu bekämpfen und zu unterdrücken. Das ist ein Dilemma, mit dem wir noch lange werden leben müssen. Wie schwierig das ist, haben wir in Europa zwischen 1495 und dem Beginn des 19. Jahrhunderts selbst erlebt. 300 Jahre hat es gedauert, bis sich das Gewaltmonopol des Staates einigermaßen geklärt und durchgesetzt hatte. Und wir stehen in einer Zeit, die vielleicht gerade ein halbes

Jahrhundert nach der Gründung der Vereinten Nationen
liegt!

Wir werden uns überlegen müssen, worauf das Ganze auf
die Dauer hinaus laufen soll. Aber wir werden uns noch viel
dringender - um unserer selbst und unserer Kinder und
Enkel willen - überlegen müssen, wie wir die Zeit, bis das
Ziel einer weltweiten Institution mit einem wirklichen
Gewaltmonopol erreicht werden kann, rational, effektiv und
halbwegs gerecht werden überbrücken können. Das werden
entscheidende Jahre und das werden entscheidende
Überlegungen sein.

Herr Bundeskanzler, das war mehr oder weniger die
völkerrechtliche Übersetzung dessen, was Sie uns gesagt
haben. Jetzt aber zurück ins deutsche Vaterland! Wir
beklagen - Sie sowohl wie ich - die Unbeweglichkeit der
gegenwärtigen Politik, und wenn ich gegenwärtig sage,
meine ich doch mindestens 20 - 30 Jahre. Wir sollten uns
also überlegen, woher diese Unbeweglichkeit kommt.
Unsere Politiker sind nicht so schlecht, dass wir nur ihnen
die Schuld geben könnten. Aber wenn Sie sich die

Ergebnisse der letzten fünf, sechs Bundestagswahlen ansehen, dann werden Sie - von dem einen oder anderen Ausreißer abgesehen - feststellen, dass es unter unseren Wählern, in unserer Bevölkerung zwei Lager gibt - das eine, das ich mehr progressiv, das andere, das ich mehr konservativ nenne - , die annähernd gleich stark sind. Das bedeutet, dass ein oder zwei politische Fehler, die eine Regierung oder eine zum Angriff antretende Opposition macht (im übrigen auch eine lange Regenzeit, wie wir wissen), über Opposition und Regierungsverantwortung entscheiden können.

In dieser Situation liegt es doch zumindest menschlich nahe (ich halte es nicht für richtig und will es auch nicht für richtig erklären), sich in Wahlkämpfen zweimal zu überlegen, wie man sie so führt, dass man die entscheidenden 50, 60, 80, vielleicht 100.000 Stimmen behält oder gar gewinnt. Wie gesagt: Moralisch hochstehend ist das alles nicht. Menschlich verständlich ist es aber, zumal bei einem Volk, das jetzt, vorsichtig gerechnet, 40 Jahre lang alljährlich nur Zuwachsraten erlebt hat und beim Aussprechen des Wortes „Wirtschaft“ daher automatisch

Zuwachsraten assoziiert. Wenn ich davon ausgehe, dass der normale Bürger mit 20 Jahren politisch zu denken beginnt (was schon eine ziemlich optimistische Einschätzung ist), dann heißt das, dass die heute 60-jährigen, 62-jährigen, 64-jährigen es noch nie erlebt haben, dass in der Wirtschaft etwas stagniert oder gar langsam zurück geht - für sie ist Sparenmüssen, für sie ist irgendwo auf ein Bißchen verzichten zu müssen, ein völlig neues Erlebnis!

In dieser Situation müssen sich unsere Politiker auf beiden Seiten entscheiden: Wollen sie durch Ehrlichkeit ihre Haut zu Markte tragen oder wollen sie das nicht tun? Und sie können es sich eigentlich nur leisten, wenn sie es gemeinsam tun! Genauso wenig wie Helmut Schmidt plädiere ich hier für eine Große Koalition; sie wäre wirklich das Letzte, was ich mir vorstelle. Genauso wenig wie er wünsche ich mir auch eine große und permanente Kooperation zwischen Rot-Grün im Bundestag und Schwarz-liberal im Bundesrat oder auf der Oppositionsseite des Bundestages. Darum geht es mir nicht. Aber einen kleinen Wunsch hätte ich doch: Dass in dieser Zeit, in der, wie Edmund Stoiber wieder gezeigt hat, so viele neue Wege

in die Zukunft besritten oder auch verbaut werden können, wenigstens bei wichtigen Entscheidungen kooperiert würde, dass weder auf der einen Seite blockiert noch auf der anderen Seite ein Blockadegeschrei angestimmt würde.

Ich hätte so gern einen Bundeskanzler, der - nicht nur einmal aber auch nicht immer, sondern drei oder vier Mal in den nächsten Jahren - das von ihm als richtig Erkannte auch dann durchzusetzen bereit ist, wenn er dafür keine „eigene“ Mehrheit im Parlament hat. Und ich hätte so gern eine Opposition, die das Bißchen Größe aufbrächte, ihn in diesem Fall nicht in das Mißtrauensvotum oder in den Vertrauensantrag zu hetzen, sondern ihm über die Hürde, die ihm schwer genug fallen würde, hinweg zu helfen.

Das ist gewiß ein unangemessener Wunsch, zumal für einen Rentner. Aber dieses ist der Tag, an dem ich wenigstens einen Wunsch äußern darf.